



Abgeordnete der Fraktion  
in der Hamburgischen  
Bürgerschaft

**DIE LINKE.**

# Bürger:innenbrief

22. September 2022

Herbst der Solidarität +++ Versagen der Wohnungspolitik+++ Verkehrsnachrichten +++ Schulbegleitungen +++  
Alternativkonzepte der LINKEN +++ Energieversorgung +++ Hut ab vor Udo +++ Antifaschistische Aufklärung



Der Herbst hat begonnen – doch was werden sich viele Haushalte zukünftig überhaupt noch leisten können? (Foto: Michael Joho)

## Liebe Leserinnen und Leser,

die ökologischen, politischen und sozialen Verwerfungen der vergangenen zweieinhalb Jahre haben vielfach Gemüter und Überzeugungen durcheinander, ja, ins Wanken gebracht. Wir nehmen uns da gar nicht aus, denn in der LINKEN gärt es gewaltig. Doch sind wir überzeugt davon, dass nur glaubwürdige Antworten Auswege weisen: Gegen die heftigen Auswirkungen von Corona hilft, mehr oder weniger, die Impfung; gegen Überschwemmungen, Flächenbrände und Gigastürme müssen wir kurz- und langfristig mit massiven umwelt- und klimaschonenden Maßnahmen tätig werden; gegen Kriege und immer perfidere Vernichtungstechnologien helfen ganz

sicher nicht noch mehr Rüstung und Overkillkapazität; und der dramatischen Verteuerung von Energie sollten wir im Interesse von Millionen Haushalten mit geringerem Einkommen auch nicht mit einer »Gasumlage« nach dem unsozialen Gießkannenprinzip begegnen.

Eigentlich liegen die Antworten auf der Hand. Doch unsere Bundesregierung tickt größtenteils anders: Sie will 100 zusätzliche Milliarden Euro in die Rüstung statt in den Klimaschutz stecken. Dem immer üppigeren Reichtum von wenigen begegnet sie eben nicht mit der Wiedereinführung der Vermögenssteuer und einer neuen, den Gewinnen nicht nur

der Energiekonzerne angemessenen Übergewinnsteuer. Und oben drauf kommen dann noch die ideologischen Verbrämungen und Vereinfachungen. Zitieren wir da nur mal eine Richtigstellung, in diesem Fall vom Kolumnisten der »Süddeutschen Zeitung« Heribert Prantl, der in einem Kommentar für den NDR am 17.7.22 ausführte: »Der völlige Stopp der Gaslieferungen sei Teil der russischen Strategie, »unsere Einheit zu untergraben«, sagt Wirtschaftsminister Robert Habeck. Das ist nicht ganz richtig so; es war und ist Teil der westlichen Strategie, russische Exporte komplett zu unterbinden. Es war das westliche Kalkül, mit den Sanktionen Russland schwer zu schaden. Nun könnte sich herausstellen, dass die Sanktionen beziehungsweise deren Folge- und Kollateralschäden jedenfalls Deutschland schwerer schaden als Russland [...]. Die Empörung über Putins Aggressionsverbrechen ist ungeheuer wichtig und berechtigt. Die Empörung über Putins gedrosselte Gaslieferungen aber ist Heuchelei.«<sup>1</sup>

Nun machen wir in und mit der Linksfraktion ja vor allem hamburgische Politik, die aber natürlich auch mit den Auswirkungen der Pandemie, der Klimakatastrophe, des nicht weit entfernten Kriegsgeschehens, den Energie- und Lebensmittelverteuerungen und der drohenden Rezession zu tun hat. Auf parlamentarischer Ebene werden wir in den kommenden Monaten wiederholt Anträge einbringen, um die enormen Zusatzbelastungen für die Haushalte mit geringem und durchschnittlichem Einkommen aufzufangen, sei es beispielsweise durch deutlich verbilligte HVV-Tickets oder einen Mietestopp bei der SAGA. Auch in der nunmehr in Fahrt kommenden Debatte des Doppelhaushalts 2023/23 werden wir entsprechend Flagge zeigen und im Rahmen unserer Möglichkeiten für mehr Investitionen in den notwendigen Ausbau der sozialen Infrastruktur, eine konsequente Armutsbekämpfung und die Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge streiten. Dazu braucht es aber ein konsequentes Umsteuern gegen die unsoziale Schuldenbremsenpolitik!

Angesichts der massiven Notlagen durch die galoppierende Inflation und die enorm angestiegenen Energie- und Lebensmittelpreise heißt es aber jetzt vor allen Dingen: Bündnisse schmieden und raus auf die Straße! Und da hegen wir durchaus Hoffnungen, dass der in den letzten Wochen vielfach beschworene »heiße Herbst« nach der langen Covid-19-Phase wieder zu starken außerparlamentarischen Protesten führt – bei denen wir, nebenbei bemerkt, die Rechten, die Schwurbler:innen und all den anderen Murks in die Schranken weisen werden. Vorbereitet werden zurzeit die Demonstration für die Deckelung der Miet- und Energiekosten am 8. Oktober (»Hände hoch für bezahlbare Mieten!«) und eine weitere, von einem breiten sozialpolitischen Bündnis getragene Demonstration am 29. Oktober, die dafür eintritt, dass das Leben bezahlbar bleibt und allen, die darauf angewiesen sind, ein menschenwürdiges Existenzminimum sicher ist.

Doch zunächst sind wir am Ende dieser Woche, am kommenden Freitag, den 23. September, um 14.00 Uhr auf der

<sup>1</sup> [www.ndr.de/nachrichten/info/sendungen/kommentare/Kommentar-Grossmaeiligkeit-ist-kein-gutes-Rezept-gegen-den-Ukraine-Krieg,u-kraine2966.html](http://www.ndr.de/nachrichten/info/sendungen/kommentare/Kommentar-Grossmaeiligkeit-ist-kein-gutes-Rezept-gegen-den-Ukraine-Krieg,u-kraine2966.html).



**Luxus-gut?**

Nein! Lebensmittel müssen bezahlbar bleiben. **Wir finden:** Es darf nicht sein, dass Menschen Mahlzeiten ausfallen lassen, weil die Preise durch die Decke gehen.

**DIE LINKE.**

([www.die-linke.de/mitmachen/linksaktiv/preise-deckeln/](http://www.die-linke.de/mitmachen/linksaktiv/preise-deckeln/))

Willy-Brandt-Straße dabei, den »globalen Klimastreik« zu unterstützen. Wir sehen uns!

Sabine Boeddinghaus und Heike Sudmann  
Hanno Plass und Michael Joho

P.S.: Am vergangenen Sonntag, den 18. September, feierte die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVB-BdA) Hamburg ihren 75. Geburtstag. Wir sagen von dieser Stelle aus unseren kämpferischen Mitstreiter:innen noch einmal herzlichen Glückwunsch und unterstreichen, auch weiterhin zusammen mit Euch dem alten und neuen Faschismus konsequent entgegenzutreten. Lasst uns gemeinsam »Erinnern für die Zukunft«, so der Titel Eures wegweisenden, kürzlich veröffentlichten »Beitrages zur erinnerungspolitischen Diskussion in Hamburg«, den wir zur Lektüre empfehlen.<sup>2</sup>

<sup>2</sup> Die Broschüre vom Juni 2022 kann kostenfrei bei der VVN (Hein-Hoyer-Straße 41) abgeholt oder gegen eine Gebühr von 2 Euro bezogen werden (<https://hamburg.vvn-bda.de/neue-broschuere-erinnern-fuer-die-zukunft/>).

## »Für einen Herbst der Solidarität« Hamburgs LINKE mit neuem Vorstand

Drei Tage lang wurde geackert, gestritten und gewählt, nun kann es auf gefestigter Basis weitergehen. Wir übernehmen hier die Pressemitteilung des Landesverbandes vom 11. September und ein Foto vom neuen Vorstand, dem wir auch von dieser Stelle aus noch einmal herzlich gratulieren.



Der neue Landesvorstand der Hamburger LINKEN (Foto: Harald Singler/LINKE Hamburg)

Heißer Herbst und soziale Proteste: Hamburgs LINKE in Aufbruchstimmung: Beim Landesparteitag im Bürgerhaus Wilhelmsburg setzte die Partei auf eine Neuaufstellung des Landesvorstandes.

»Wir fühlen uns sehr motiviert und freudig: Der neue Landesvorstand ist politisch sehr plural, sehr vielfältig. Unsere erste Aufgabe wird es nun sein, gemeinsam mit Bündnispartner:innen Druck auf den Senat für wirksame Hilfen auszuüben – wir brauchen einen Herbst der Solidarität«, so Sabine Ritter und Thomas Iwan. Die beiden neuen Landessprecher:innen bilden den Landesvorstand gemeinsam mit dem Landesgeschäftsführer Christoph Timann, Landesschatzmeister Julian Georg sowie Daniela Ahrens-Bötel, Christiane Albrecht, Rhia Baguley, Artur Brückmann, Regine Brüggemann, Wolfgang Bruhn, Antje Conteh, Heike Faust-Benecke, Eric Golbs, Romina González Arancibia, Suzana Kamperidis, Kolja Rosemann, Jan Rübke, Marinus Stehmeier, Natascha Wilhelmi und Gernot Wolter.

Nach den Erfahrungen von Mitgliedern anderer Landesverbände mit sexualisierten Verstößen beschloss der Ham-

burger Landesverband die Einrichtung von Awareness-Strukturen. Verabschiedet wurden neben dem Leit Antrag »DIE LINKE Hamburg im Aufbruch für eine solidarische Zukunft« auch der Antrag »Schule unter der Last der Coronaauswirkungen – Bildung: ein Kampffeld zwischen Fortschritt und Reaktion! – Unsere Antwort: Eine inklusive Schule ist nötig und möglich!«

Nach 20 Jahren im Amt bedankte der Parteitag sich mit Standing Ovationen und vielen Geschenken beim bisherigen Landesgeschäftsführer Martin Wittmaack, der in Wilhelmsburg nicht wieder angetreten war.

Der Beschluss des Landesparteitages, der die Grundlage für die Politik der Hamburger LINKEN in der nächsten Zeit darstellt, trägt den Titel »DIE LINKE Hamburg im Aufbruch für eine solidarische Zukunft« und ist jetzt ins Netz eingestellt worden: [www.die-linke-hamburg.de/fileadmin/lv/lpt/08\\_01/Beschluesse/B01\\_LPT8-1\\_Leitantrag\\_DIE\\_LINKE\\_Hamburg\\_im\\_Aufbruch\\_fuer\\_eine\\_solidarische\\_Zukunft.pdf](http://www.die-linke-hamburg.de/fileadmin/lv/lpt/08_01/Beschluesse/B01_LPT8-1_Leitantrag_DIE_LINKE_Hamburg_im_Aufbruch_fuer_eine_solidarische_Zukunft.pdf).

# Vom Versagen der Wohnungspolitik und einem heißen Herbst der Mieter:innenbewegungen

Von Michael Joho

- »Warten auf ein neues Zuhause in Hamburg. Höchststand bei Wohnungsnotfällen« (*taz, online am 9.6.2022*)
- »Wohnen als Privileg?« (*»Hamburger Lehrer-Zeitung«, Nr. 7-8/2022*)
- »Indexmieten – derzeit eine böse Falle« (*Hamburger Abendblatt, vom 22.8.2022*)
- »Studie: Mieten in Hamburg steigen um sieben Prozent« (*Hamburger Abendblatt, 25.8.2022*)
- »In Hamburg werden kaum noch Sozialwohnungen gebaut« (*NDR, online am 1.9.2022*)
- »Sozialer Wohnungsbau in Hamburg: Miese Bilanz und miese Aussichten« (*taz, online vom 9.9.2022*)
- »Hamburg ist »Hauptstadt der Wohnungslosigkeit«« (*Hamburger Abendblatt, vom 11.9.2022*)

Nein, für den Senat und speziell für Stadtentwicklungssenatorin Stapelfeldt (SPD) läuft es seit einiger Zeit überhaupt nicht rund. Ein wohnungspolitischer Niederschlag nach dem anderen erschüttert den bundesweit gepflegten Nimbus von der ach so vorbildlichen Wohnungsbaustadt Hamburg: Erst wies der Mietenspiegel im Dezember 2021 mit 7,3% die höchste Mietensteigerung seit mehr als zwei Jahrzehnten aus, dann musste die Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen (BSW) im Januar 2022 einräumen, dass statt der anvisierten 3.000 geförderten Wohnungen mal gerade 1.895 (davon nur 1.563 im 1. Förderweg) im vergangenen Jahr fertiggestellt werden konnten. Im Mai hieß es dann seitens der BSW, dass in 2020 nicht 10.000 Baufertigstellungen, sondern lediglich 7.461 Baufertigstellungen erreicht wurden. Den Vogel schoss dann noch die Meldung im August ab, dass im ersten Halbjahr 2022 bisher nur 19 Baubewilligungen im geförderten Mietwohnungsbau ausgesprochen worden sind. 19 von groß propagierten 3.000!

Es ist überfällig, dass wir wieder auf die Straße gehen, um für unsere Rechte, überhaupt für das Grund- und Menschenrecht auf angemessenes, bezahlbares Wohnen einzutreten. Am Samstag, den 8. Oktober, ist es endlich soweit. In dutzenden Städten gehen die Menschen bundesweit auf die Straßen, um gegen die Mietenexplosion und die damit verbundenen gigantischen Erhöhungen der Energie- und Nebenkosten zu protestieren. Die Forderungen der bundesweiten Mietenstopp-Bewegung gibt es hier: <https://mietenstopp.de/>.

In Hamburg werden wir an diesem 8. Oktober hoffentlich eine besonders mächtige Demonstration auf die Beine stellen. Startpunkt ist um 13.00 Uhr am Berliner Tor, ganz in der Nähe des hamburgischen Verwaltungssitzes des Wohnungskonzerns Heimstaden (Beim Strohhause 29). Von dort wird es quer durch die Innenstadt zum Rathausmarkt gehen, wo die Abschlusskundgebung angesetzt ist.



Sharepic der bundesweiten Mietenstopp-Initiative (<https://mietenstopp.de>)

Und wo wir gerade bei Heimstaden sind, einem der größten Wohnungskonzerne mit weit mehr als 100.000 Wohneinheiten in Europa und einem der zentralen Player auf dem Hamburger Wohnungsmarkt (den meisten noch bekannt unter dem Namen »Akelius«). Erst im Frühjahr 2022 hat der börsennotierte schwedische Konzern 513 weitere Wohnungen in verschiedenen Bezirken Hamburgs erworben. Dadurch hat er seinen Bestand in der Hansestadt auf mehr als 4.000 Wohneinheiten ausgebaut ([www.immobiliengenerator.de/heimstaden-erweitert-seinen-bestand-in-hamburg-13042022](http://www.immobiliengenerator.de/heimstaden-erweitert-seinen-bestand-in-hamburg-13042022)). Heimstaden empfiehlt sich dadurch noch einmal besonders als einer der Wohnungskonzerne, die im Interesse der Bewohner:innen und einer bezahlbaren Miete vergesellschaftet gehören.

Und da kommt natürlich die am 15. September begonnene Unterschriftensammlung der Volksinitiative »Hamburg enteignet« genau richtig (<https://hamburg-enteignet.de/>). Auch wenn ausgerechnet der sogenannte »Verfassungsschutz« meint, er müsse vor den Umtrieben dieser auf dem Boden des Grundgesetzes stehenden und argumentierenden Initiative warnen. Offenbar sitzt den Oberen aus Politik und Verwaltung der erfolgreiche Volksentscheid in Berlin im Nacken, da ist ihnen jedes Mittel der Diffamierung recht. Wir erinnern uns: Beim Volksentscheid in der Bundeshauptstadt haben am 26. September 2021 mehr als eine Million Berliner:innen das Anliegen, die Deutsche Wohnen und alle weiteren Konzerne mit mehr als 3.000 Wohneinheiten zu vergesellschaften und in eine Anstalt des öffentlichen Rechts zu überführen, unterstützt. 59,1% der gültigen Stimmen votierten für die Enteignung, 40,9% dagegen. Ein wunderbares Vorbild auch für Hamburg!

Und das scheint auch so verstanden zu werden: Innerhalb der ersten fünf Tage sind in Hamburg bereits über 1.500 Unterschriften gesammelt worden! DIE LINKE unterstützt die Volksinitiative und wird sich in den kommenden Wochen an der Sammlung von mindestens 10.000 Unterschriften aktiv beteiligen. Auch an dieser Stelle sei darauf hingewiesen, dass Genossenschaften und kommunale Wohnungsunternehmen ausdrücklich von der Enteignung bzw. der VI nicht betroffen sind.

**Aufruf zur Hamburger Mietenstopp-Demonstration**  
**Samstag, den 8. Oktober, 13.00 Uhr, ab Berliner Tor**

## **HÄNDE HOCH FÜR BEZAHLBARES WOHNEN**

**Mieten und Energiekosten deckeln**  
**Auf die Straße – denn Dein Zuhause steht auf dem Spiel**

Wir können uns die steigenden Mieten und die explodierenden Energiekosten in Hamburg nicht mehr leisten! Schon jetzt erhöhen Vermieter und Energieversorger die Abschlagszahlungen. Das bringt viele Mieter:innen an den Rand ihrer Zahlungsfähigkeit. Hilfen und Entlastungen sind bislang nicht in Sicht. Stattdessen hat die Regierung eine Gasumlage beschlossen, mit der wir alle für die Rettung von Energiekonzernen bezahlen sollen.

Die großen Wohnungs- und Mineralölkonzerne haben in den letzten Monaten unglaublich hohe Gewinne eingefahren. Es ist unerträglich, dass die Bürger:innen, darunter viele mit knappem Budget, zur Kasse gebeten werden, während diese Konzerne aus der Krise große Profite ziehen. Deshalb fordern wir eine soziale Zeitenwende: Umverteilung von oben nach unten; die Krisengewinnler sollen die sozialen Kosten tragen! Abkehr von fossilen Brennstoffen und Atomkraft! Schneller Ausbau von erneuerbaren Energiequellen. Klar, dass vor diesem Hintergrund die Menschen keine weiteren Mieterhöhungen verkraften können. Deshalb:

### **HÄNDE HOCH – MIETENSTOPP!**

**Mach mit beim heißen Herbst, damit wir nicht im Winter frieren!**  
**Auch wenn es klar sein sollte: Wir richten uns natürlich nur an demokratische Gruppen und Personen.**  
**Rechte Kräfte sind unerwünscht!**



Der Beschlusstext der *Volksinitiative Hamburg enteignet!* hat folgenden Wortlaut: »Die Wohnungsbestände (also der Grund und Boden mitsamt Gebäuden) großer Immobilienunternehmen in Hamburg sollen zum Zwecke der Vergesellschaftung in Gemeineigentum überführt werden. Der Senat der Freien und Hansestadt Hamburg wird aufgefordert, innerhalb von sechs Monaten eine Kommission einzurichten, die hierzu einen Gesetzentwurf ausarbeitet. Der Senat und die Initiative Hamburg Enteignet werden jeweils 4 Mitglie-

der benennen und sich einvernehmlich auf einen Vorsitz einigen. Die Arbeit der Kommission soll an die Ergebnisse der Berliner Kommission »Vergesellschaftung großer Wohnungsunternehmen« anknüpfen.« Den vollständigen Text samt Begründung gibt es hier: <https://hamburg-enteignet.de/volksinitiative-hamburg-enteignet/>. Und dazu die Unterschriftenlisten zum Selbstaussdrucken unter <https://hamburg-enteignet.de/sammeln>. In St. Pauli hat sich bereits eine Sammelgruppe gebildet, sie trifft sich das erste Mal am Montag, den 26. September, um 19.00 Uhr im »Kölibri« (Hein-Köllisch-Platz 12).



## Jede 5. Mietwohnung in Hamburg inzwischen möbliert vermietet?

Das in Hamburg (Adenauerallee 28) ansässige Institut »Forschung und Beratung. Wohnen, Immobilien, Umwelt« (kurz F+B) analysiert regelmäßig den deutschen Immobilien- und Mietenmarkt, seit 2019 auch das Segment Möblierte Wohnungen – und damit einen der boomenden Tricks der Vermieter:innenmafia, bestehende Gesetze und den Mietenspiegel legal zu umgehen, um eine besondere hohe Profitrate zu erzielen. Leider ist die neu aufgelegte hamburgspezifische Studie zum Thema »Möblierte Wohnungen in Deutschland 2006 bis 2021« auch für uns zu teuer (sie würde insgesamt rund 528 Euro kosten), aber die Ankündigung der »Produkthighlights« dieser Untersuchung gibt doch schon einiges – Beängstigendes – her. Wir zitieren:

Das Segment des möblierten Wohnens genoss jahrelang ein Nischendasein. Ursprünglich für Monteure oder Studierende gedacht, hat es in den letzten Jahren zunehmend sowohl an Beachtung wie auch an empirischer Bedeutung gefunden. Die drei wichtigsten Ergebnisse der Studie 2021:

- Zwischen 2006 und 2020 verteuerten sich die Marktmieten für möblierte Wohnungen um 78,2%, während die Preise für unmöblierte Wohnungen nur um 30,6% zulegten.
- Trotz einer Stagnation des Angebotsvolumens für möblierte Wohnungen nahm der Anteil der möblierten Wohnungen am Gesamtmarkt seit 2015 deutlich und relativ zu: Ausgehend von 8,3% in 2014 stieg der Anteil 2020 auf 18,3%. In den Top 8-Standorten sind die Anteile noch deutlich höher.
- Die Auswertungen für das erste Quartal 2021 zeigen, dass von einem weiteren Anstieg der Anteile möblierter Wohnungen auszugehen ist – bei allerdings verlangsamttem Mietwachstum.

### Verkehrsnachrichten

## Der Bau der U5 wird ein plötzliches Klimawunder

Von Heike Sudmann

»U5 wird Leuchtturmprojekt für klimaschonenden Bau«, titelte die Pressestelle des Senats am 13. September. Damit reagierte er auf die im wahrsten Wortsinn nachhaltige Kritik von drei Klägern gegen den Bau der U5-Ost (von Bramfeld zur City-Nord). Diese »drei Rentner«, wie sie von den Medien genannt wurden, haben dem Senat kräftig die Leviten gelesen. Im Oktober 2021 veröffentlichten sie ihre Untersuchung »Eine umweltfreundliche U-Bahn für Hamburg?« zu den Kohlendioxid-Emissionen durch den Bau der U5. »In dieser Studie wird gezeigt werden, dass allein für die 5,8 km lange Strecke der U5 Ost die von Baumaßnahmen induzierten zusätzlichen Verkehre, der fossile und elektrische Energiebedarf der eingesetzten Baumaschinen und die Erzeugung der für die Erstellung der Bauwerke (Tunnel, Brücken, Haltestellen) verwendeten Massen an Baustoffen und Material mindestens zu einer zusätzlichen Emission von CO<sub>2</sub> in der Größenordnung von insgesamt 2,365 Mio. t CO<sub>2</sub> führen wird und – hochgerechnet – von 10,2 Mio. t CO<sub>2</sub> für die gesamten 25 km der kompletten Strecke der U5« (S. 3 der Studie). Noch Anfang des Jahres 2022 wollte der Senat von der Klimabelastung durch den Bau der U5 nichts wissen, verwies darauf, dass er keine CO<sub>2</sub>-Bilanz erstellen müsste (so die Antwort auf eine Schriftliche Kleine Anfrage von mir, Drucksache 22/6893 vom 14.1.2022, Nr. 1-2; [www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/78440/klimabilanz\\_der\\_u5.pdf](http://www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/78440/klimabilanz_der_u5.pdf)).

Ob die Klage der »drei Rentner« den Senat zum Umschwenken bewegt hat? Möglich, auf jeden Fall präsentierte der er am 13. September in einer Pressekonferenz überraschende Zahlen. 70 % der CO<sub>2</sub>-Emissionen, die bei einem heute üblichen Bauverfahren entstehen würden, ließen sich durch eine »Reduktionsstrategie« einsparen. Mit einem Bodenmanagement und umweltschonenden Baustoffen würden sie das schaffen.

Dass das Problem der hohen Klimabelastung durch den Bau der U5 endlich auch von Senat und HHA anerkannt wird, ist erfreulich. Bodenaushub und Abtransport, Zement- und Stahlherstellung für die Tunnelröhren erzeugen Millionen Tonnen CO<sub>2</sub>. Untersuchungen zum Bau von U-Bahnen in Berlin gehen davon aus, dass die für den Bau der U-Bahn freigesetzten CO<sub>2</sub>-Mengen durch die CO<sub>2</sub>-Einsparungen im Betrieb erst nach 100 bis 200 Jahre amortisiert werden können. Die vom Senat präsentierten Ideen für die CO<sub>2</sub>-Reduzierung beim Bau der U5 von bis zu 70 Prozent haben jedoch einen entscheidenden Makel. Sie setzen auf eine klimaneutrale bzw. klimaschonende Produktion von Stahl und Zement, die es bis heute nicht gibt. Die angekündigte Zusammenarbeit mit der Industrie kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass es Jahre dauern wird, bis die klimaschonende Produktion möglich ist. Wenn es dem Senat wirklich um Klimaschutz geht, sollte er zuerst auf den Bau der Straßenbahn setzen. Dafür braucht es



Senator Tjarks (Mitte) und Hochbahn-Chef Falk (links) mit Licht am Ende des (Klima-)Tunnels? (Foto: Heike Sudmann)

nämlich keine gigantischen Mengen von Bodenaushub und Lkw-Transporten durch die Stadt, keinen klimaschädlichen Zement. Bis die Industrie in der Lage ist, genug klimaneutralen Stahl und Zement zu produzieren, kann die Straßenbahn schon zig hunderttausend Fahrgästen täglich eine Alternative zum Auto bieten. Damit lässt sich die vom Senat angestrebte Klima- und Mobilitätswende bis zum Jahr 2030 wirklich erreichen. Die U5, die erst in 20 Jahren fertig sein soll, kommt dafür zu spät. Das so vollmundig angekündigte Leuchtturmprojekt ist bis jetzt nicht mehr als ein Turm, bei dem das Licht vergessen wurde.

Doch die Verantwortlichen ficht die Kritik an den klimaschädlichen Plänen nicht an. Für **Freitag, den 30. September, 13.30 Uhr**, lädt die Hochbahn auf die Baustellenfläche Alsterdorf (erreichbar über den Busbetriebshof Alsterdorf, Tessenowweg 2) ein, um dem **ersten Spatenstich für die neue U5** beizuwohnen. »Seien Sie live dabei und erleben Sie ein Stück Hamburger Stadtgeschichte vor Ort«, heißt es in der Einladung.



Auch der Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) Hamburg kommt in seiner Pressemitteilung vom 13. September zu dem eindeutigen Ergebnis, dass der Bau der U-Bahn U5 »nicht klimaschonend« wirkt ([www.bund-hamburg.de/service/presse/detail/news/bau-der-u-bahn-u5-wird-nicht-klimaschonend/](http://www.bund-hamburg.de/service/presse/detail/news/bau-der-u-bahn-u5-wird-nicht-klimaschonend/)).

Endstation Elbe?

# Dauerhafte Verbesserung statt Verkehrschaos im Hamburger Süden

Von Heike Sudmann



[www.die-linke.de/themen/mobilitaet](http://www.die-linke.de/themen/mobilitaet)

Pendler:innen aus dem Süden Hamburgs sind leidgeprüft. Streckensperrungen, Zugausfälle, überfüllte Züge gehören schon fast zu den alltäglichen Erfahrungen. Doch das Chaos, das durch den Brand eines Lkw unter der Brücke der S-Bahn-Gleise am Bahnhof Elbbrücken am 8. August entstand, sucht seinesgleichen. Ein Gleis der S3/S31 musste gesperrt werden, die S3 zwischen Hammerbrook und Wilhelmsburg verkehrte nur im 20-Minuten-Pendeltakt, Fahrgäste mussten in Hammerbrook und Wilhelmsburg umsteigen. Die S31 zwischen Hauptbahnhof und Neugraben fiel komplett aus.

Der Abschnitt zwischen Veddel und Hammerbrook gehört zu dem meistbelasteten S-Bahn-Abschnitt in ganz Deutschland. Laut »Hamburger Abendblatt« (Ausgabe Harburg) vom 22. August konnten nach dem Brand in der Hauptverkehrszeit statt der normalerweise 15.000 Fahrgäste pro Stunde und Richtung mit dem Pendelzug und einem alle 10 Minuten verkehrenden Ersatzbus lediglich 5.250 Fahrgäste befördert werden. Knapp 10.000 Fahrgäste stündlich mussten zusehen, ob bzw. welche Alternativen sie finden konnten. Es wurden zwar im Laufe der folgenden Wochen mehr Angebote geschaffen (Freigabe der Nutzung von Fernzügen zwischen Harburg und Hauptbahnhof, Verlängerung von Buslinien über die Veddel hinaus...), aber die Züge blieben voll, ebenso wie die Straßen.

Der aktuelle Vorfall verdeutlicht einmal mehr die Planlosigkeit des Senats und der Verkehrsbetriebe bei Störungen auf der einzigen Schienenverbindung aus und in Richtung Süden. Seit Jahren gibt es hier andauernde Sperrungen, sei es wegen Bauarbeiten im Zusammenhang mit der Verlegung der Wilhelmsburger Reichsstraße, bei Bombenräumungen oder anderen Vorfällen. Einen ausgetüftelten Notfallplan hingegen scheint es dagegen bis heute nicht zu geben.

Viele kurzfristig umsetzbare Maßnahmen werden und wurden nicht ergriffen. Seit Jahren steht die Forderung im Raum, einen schnellen Express-Busverkehr zwischen Neugraben und Altona (durch den Elbtunnel) zu errichten. Die Verlängerung der Metrobuslinie 13 von der Veddel in die Innenstadt wurde immer abgelehnt, ebenso die Verdichtung des Fährverkehrs der Linie 13 und die Ausweitung auf das Wochenende.

Die Machbarkeitsuntersuchung für eine schienegebundene Elbquerung im Westen lässt immer noch auf sich warten. Ein westlicher Schienentunnel wurde übrigens schon in den 1980er-Jahren (vergeblich) gefordert: Statt für den Autoverkehr sollte die 4. Elbtunnelröhre für den Schienenverkehr gebaut werden. Seitdem ist der Bedarf, auch durch die

vielen Neubaugebiete im Süden Hamburgs, noch mal erheblich gestiegen. Die Schienenverbindung zwischen Hausbruch und Altona hat noch einen weiteren Vorteil. Zusammen mit der geplanten Nutzung der Güterumgehungsbahn kann eine Ringlinie Altona-Barmbek-Harburg-Altona zum einen den Hauptbahnhof wirksam entlasten, neue attraktive Querverbindungen schaffen und zum anderen bei Sperrungen auf der Elbinsel einen Teil des Verkehrs aufnehmen.

Eine zusätzliche Schienenanbindung für die Veddel, das Reiherstiegviertel und weitere Gebiete in Wilhelmsburg ist angesichts der Überfüllungen im jetzigen Bahnverkehr und angesichts des Nadelöhrs Elbbrücken dringend erforderlich. Die Verlängerung der U4 nach Wilhelmsburg scheint noch in weiter Ferne zu sein, vor allem auch mit Blick auf die fehlenden Grundstücke und die Probleme einer Untergrundbahn in den feuchten Gebieten mit hohem Grundwasserstand. Deshalb ist eine ergebnisoffene Prüfung für eine weitere Schienenanbindung durchzuführen: Verlängerung U4 als »Hochbahn«, Verlängerung U4 als U-Bahn sowie eine Straßenbahnanbindung vom Hauptbahnhof zur Veddel und nach Wilhelmsburg unter Einbeziehung der alten Trasse. Kriterien sind die schnelle Realisierbarkeit, Verknüpfungs- und Ausbaumöglichkeiten (z. B. nach Kirchdorf-Süd), direkte Erreichbarkeit für möglichst viele Einwohner:innen und natürlich die Kosten.

Die von Verkehrssenator Tjarks ins Spiel gebrachte Erweiterung der Norderelbbrücke wird das Nadelöhr nicht beseitigen können. Kommt es – wie in den letzten Jahren so häufig – zu Sperrungen auf Abschnitten zwischen Harburg und Hauptbahnhof wegen Bauarbeiten, Bombenentschärfungen, Personen im Gleis oder anderen Störungen, werden keine Züge durch dieses Nadelöhr fahren können.



# Schulbegleitungen in Hamburg: Stand und Zukunft des Konzepts

Von Sabine Boeddinghaus und Hanno Plass



Schulbegleitungen sind unverzichtbar für viele Schüler:innen. Schulbegleitung wird auf Antrag gewährt. Kinder und Jugendliche müssen dafür zuerst auf Grundlage des §12 des Hamburger Schulgesetz diagnostiziert werden<sup>1</sup> - und es muss festgestellt werden, dass sie eine schwere Entwicklungsbeeinträchtigung haben und dafür besondere Unterstützung benötigen. Diese schwere Beeinträchtigung betrifft einmal die körperlich-motorischen Fähigkeiten, also klassische Behinderungen, oder die emotional-sozialen Fähigkeiten. Schulbegleitung wird in der Regel für ein Jahr gewährt, was bisweilen bei dauerhaften Erkrankungen wie ein bürokratischer Scherz wirkt: Eine Autismus-Spektrum-Störung oder gelähmte Beine gehen nicht in zwölf Monaten vorbei. Aber natürlich sind Entwicklungen zu größerer Eigenständigkeit möglich und sollen gar nicht kleingeredet werden, bisweilen erscheint manches behördliche Vorgehen aber naiv.

Mehrfach wurde die Situation der Schulbegleitung abgefragt.<sup>2</sup> Ein Modellprojekt, bei dem die Stunden, die an einer Schule für die Schulbegleitung für einen Pool aus Betreuungskräften zusammengelegt werden, erscheint derzeit eines der wegweisendsten Projekte zu sein. Gewiss nicht der Universalschlüssel, so aber doch ein Weg, um trotz massiven Ausfalls die Betreuung zu gewährleisten. Der Ausfall einer Schulbegleitung führt nämlich dazu, dass die Kinder und Jugendlichen die Schule nicht besuchen können. Ihr Recht auf Bildung können sie daher nicht wahrnehmen. Die Schulbehörde weist die aus den individuellen Bedarfen an Schulbegleitung entstehenden Mittel an Träger, die mit der Umsetzung der Schulbegleitung betraut werden. Sie verschiebt

<sup>1</sup> [www.hamburg.de/contentblob/1995414/5b23ded37092b4e61d0716878dba9bae/data/schulgesetzdownload.pdf](http://www.hamburg.de/contentblob/1995414/5b23ded37092b4e61d0716878dba9bae/data/schulgesetzdownload.pdf).

<sup>2</sup> Drs. 22/3652: Zur aktuellen Praxis der Schulbegleitung (buergerschaft-hh.de); Drs. 22/8157: Schulbegleitungen: Hürdenlauf für behinderte Menschen (Nachfragen zu Drs. 22/3652) (buergerschaft-hh.de), schulbegleitungen\_in\_hamburg\_wie\_wirksam\_sind\_einzel\_und\_poolloesungen.pdf (buergerschaft-hh.de).

damit gleichzeitig die Verantwortung auf den jeweiligen Träger (wie z.B. Lebenshilfe oder Diakonie), der mit den Geldern auch sicherzustellen hat, dem Recht auf Bildung jeden/r einzelnen ihm anvertrauten Schüler/in nachgekommen zu sein. Ein einfaches Verfahren.

Derzeit, Stand August 2022, erhalten 2.043 Kinder und Jugendliche eine Schulbegleitung. Da Anträge das ganze Jahr über gestellt werden können, ist davon auszugehen, dass die Zahl noch steigen wird. In den letzten Jahren ist die Zahl von Kindern und Jugendlichen mit Schulbegleitung von 1.831 (2018/19) auf 2.552 (2021/22) angewachsen.<sup>3</sup> Die Mehrheit von ihnen besucht in diesem Schuljahr die Grundschule (799), auf anderen, weiterführenden mehrheitlich ein Regionales Bildungs- und Beratungszentrum (ReBBZ) oder eine spezielle Sonderschule (678), dann die Stadtteilschulen (489) und nur sehr wenige das Gymnasium (66).

Ein Problem bei der Bewertung der behördlichen Maßnahmen ist, dass die individuellen Förderbedarfe erfasst werden, diese aber nicht als Stellenzahl festgeschrieben wird. Daher ist eine behördliche Kontrolle der Besetzung und damit auch eine Steuerung der Umsetzung nicht möglich. In der Wirklichkeit sind eine Reihe von Stellen nicht besetzt, zum Teil weniger als ein Drittel. Da die Schulbehörde keine Stellen, sondern Mittel bereitstellt, bleibt - so die Argumentation der BSB - auch bei Nichtbesetzung oder Krankheitsausfall das Recht auf Bildung der jungen Menschen unverletzt. Im behördeneigenen Jargon der Eigentlichkeit heißt es dann wie folgt: »Sollte die Schulbegleitungskraft wegen Erkrankung oder anderem nicht vor Ort sein, bleibt die Erfüllung des Bildungs- und Erziehungsauftrages durch die Schule davon unbenommen, um dem Recht auf schulische Bildung gemäß § 1 HmbSG zu entsprechen.«

Weiter stellt die BSB fest: »Die Schule passt die Ausgestaltung der Beschulungssituation individualisiert und tagesaktuell an.« Nur wie, wenn es keine Schulbegleiter:innen gibt? Fehlanzeige. Mehrfach fehl(t)en zu Schuljahresbeginn Schulbegleiter:innen, womit sich der Start für die darauf angewiesenen Schüler:innen verzögert. Doch, Zauberworte der Behörde: »Gleiches [tagesaktuelle Anpassung] gilt, falls eine Schulbegleitungskraft im Einzelfall noch nicht gefunden sein sollte. Bei etwaigen Verzögerungen werden gemeinsam mit den Trägern, dem schulischen Personal sowie den Sorgeberechtigten zur Überbrückung tragfähige Lösungen gefunden.« Diese Antwort zeigt, dass es die Behörde gar nicht interessiert, wie viele Kinder und Jugendliche mit Schulbegleitung zur Schule gehen oder nicht. Letztlich obliegt alle

<sup>3</sup> [www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/80919/wie\\_viele\\_schulbegleitungen\\_fehlen\\_fuer\\_den\\_schulbesuch\\_von\\_schueler\\_innen\\_mit\\_erheblichem\\_unterstuetzungsbedarf.pdf](http://www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/80919/wie_viele_schulbegleitungen_fehlen_fuer_den_schulbesuch_von_schueler_innen_mit_erheblichem_unterstuetzungsbedarf.pdf).



Schulbegleiter Hannover

Verantwortung wieder den Eltern: »...werden gemeinsam mit den Trägern, dem schulischen Personal sowie den Sorgeberechtigten zur Überbrückung tragfähige Lösungen gefunden«. Faktisch bleiben Eltern dann mit ihren Kindern zu Hause. Konkret führt der Senat aus: »Diese Mittel (für Schulbegleitungen, die Verf.) werden entsprechend der erfolgten Schulbegleitungseinsätze eingesetzt. Eine statistische Erfassung der Einzelfälle, bei denen es zu Verzögerungen in den Schulbegleitungseinsätzen kommt, erfolgt nicht.« Wird das endemische Problem nicht-besetzter Stellen und Personalmangel sowie Krankheiten zu einer Summe aus Einzelfällen heruntergestuft, dann braucht es weder Erfassung noch irgendeine Aktivität seitens der Schulbehörde.

Lediglich Mittel bereitzustellen, jedoch die Qualifikationen der Schulbegleitungen und ihre Arbeitsbedingungen unverändert zu lassen, hilft auch nicht, die Lage der Schüler:innen mit Schulbegleitung zu verbessern.

Von 2.043 Schulbegleitungen im laufenden Schuljahr wird die Mehrheit von FSJler:innen ausgefüllt; es folgt »sozial erfahrenes Personal« mit 766 Schulbegleitungen, dann pädagogisch, pflegerisch oder therapeutisch ausgebildetes Personal mit 256 Personen; 38 Personen sind sozialpädagogisch auf FH-Niveau ausgebildet und 54 weitere Personen können keiner dieser Kategorien zugeordnet werden, so der Senat.

Diese Gewichtung ist, wenig überraschend, die günstigste Lösung. 2018 kostete ein:e FSJler:in 10,22 Euro, ein:e sozial erfahrene Mitarbeiter:in 20,29 Euro, ein:e Erzieher:in 27,09 Euro und ein:e Sozialpädagog:in 30,91 Euro in der Stunde, wenn sie über einen Träger angestellt waren.<sup>4</sup>

Eine Schulung oder eine Weiterbildung hinsichtlich der verschiedenen und ja auch durchaus komplexen Unterstützungsbedarfe gibt es nicht. »Die Leistungsanbieter sind verpflichtet, sicherzustellen, dass das eingesetzte Personal entsprechend den Anforderungen erforderliche Qualifizierungen ausweist.«<sup>5</sup>

Es soll überhaupt nicht gegen das Herzblut, die Zuwen-

<sup>4</sup> schulbegleitung\_in\_hamburg\_ein\_sinnvoller\_beitrag\_zur\_schulischen\_inklusion.pdf (buergerschaft-hh.de), S. 28.

<sup>5</sup> Ebenda, S. 33.

dung und das Engagement von FSJler:innen oder »sozial erfahrenen« Schulbegleiter:innen sprechen, aber diese Qualifikationsbeschreibungen sind – keine! Vielmehr könnten verbindliche Fort- und Weiterbildungen die Sicherheit im Umgang, das Anforderungsprofil an die Stellen und die Qualität der Schulbegleitung verbessern, im Sinne der zu betreuenden Schüler:innen. Kritik an dieser »Mogelpackung« bzw. Sparmaßnahme besteht schon länger.

Um Inklusion im Bereich der Schulbegleitung sinnvoll umsetzen zu können, wird gefordert:

- die Entwicklung von Standards für die notwendigen Qualifikationen von Schulbegleiter:innen unter Einbeziehung von betroffenen Elternverbänden, Schulleitungen von Schwerpunktschulen und Trägern sowie die Überprüfung der Umsetzung dieser Standards;
- der Einsatz von pädagogisch qualifiziertem Personal in der Schulbegleitung von Kindern mit komplexen psychosozialen Beeinträchtigungen und die Erweiterung des Stundenumfangs und des Einsatzzeitraumes;
- der Abschluss von Verträgen der Schulbehörde mit Trägerorganisationen, um die Ausfälle durch Fluktuation und Krankheit in der Schulbegleitung durch Vertretungspersonal oder Poollösungen aufzufangen,
- die Erhöhung der Kostensätze für Schulbegleitungen, um den Trägerorganisationen einen kostendeckenden Einsatz von qualifiziertem Personal zu Tariflöhnen zu ermöglichen.<sup>6</sup>

Einmal ist es bisher gelungen, schnell Tariflöhne umzusetzen: im Falle der in einem Pool zusammengefassten Schulbegleiter:innen der Erich-Kästner-Schule.<sup>7</sup> Dabei ist das Pool-Modell der Schulbegleiter:innen an der Erich Kästner Schule, der Kurt Juster Schule und der STS Alter Teichweg wegweisend, bisher aber immer noch ein Modellversuch, der der Auswertung harrt.<sup>8</sup>

Immerhin kündigt die Schulbehörde für das Jahr 2023 die Ergebnisse einer Evaluation der Schulbegleitung an.<sup>9</sup> Bis dahin scheint sich aber an der Vernachlässigung des Themas und dem Desinteresse der Schulbehörde an der Lage der Kinder und Jugendlichen wie auch der Schulbegleiter:innen selbst nichts zu ändern. Das ist mehr als bedauerlich, es ist ein Skandal, denn schlussendlich leidet – wie in vielen Bereichen – die Schulbegleitung an einer Unterfinanzierung durch die Behörde (daher der Notbehelf, sich primär auf FSJler:innen zu stützen). Hinzu kommt ihr eklatantes Desinteresse an Konzeption, Systematik und Umsetzung. Kein Wunder also, dass Inklusion, der integrale Kern des Rechts auf Bildung aller Menschen, in den neuen Bildungsplänen nur eine Randnotiz ist.

<sup>6</sup> Wahlkampfgeschenk Schulbegleitung ist eine sinnlose Mogelpackung – Gute Inklusion (gute-inklusion.de).

<sup>7</sup> Petition · Mehr Schulbegleitung an der EKS - für bessere Inklusion · Change.org.

<sup>8</sup> schulbegleitungen\_in\_hamburg\_wie\_wirksam\_sind\_einzel\_und\_poolloesungen.pdf (buergerschaft-hh.de).

<sup>9</sup> Drs. 22/9213: Wie viele Schulbegleitungen fehlen für den Schulbesuch von Schüler:innen mit erheblichem Unterstützungsbedarf? (buergerschaft-hh.de).

## Tipps und Termine

Der globalen Bedeutung angemessen versuchen wir an den Anfang dieser Rubrik seit einiger Zeit immer Informationen und neue Entwicklungen zum Komplex Klimakatastrophe und -rettung zu stellen. Jetzt gibt es zur Abwechslung mal eine positive Nachricht, denn der legendäre **Club of Rome** – er hatte 1968 erstmals nachdrücklich darauf hingewiesen, dass die natürlichen Ressourcen der Erde begrenzt sind und also irgendwann zur Neige gehen – hat einen **neuen Report** vorgelegt. Und der soll angeblich **Wege aus der Klimakrise** weisen. Der BUND hat jetzt eine Zusammenfassung des bisher nur auf Englisch vorliegenden Berichts geliefert. Guckst du hier: [www.bund.net/themen/aktuelles/detail-aktuelles/news/club-of-rome-neuer-report-zeigt-wege-aus-der-krise/](http://www.bund.net/themen/aktuelles/detail-aktuelles/news/club-of-rome-neuer-report-zeigt-wege-aus-der-krise/).

Mit dem Weg aus der Klimakrise über den Rückgang privater Pkw ist es allerdings nicht allzu weit her. Denn wider alle Hoffnung hat die Zahl der in Hamburg angemeldeten **Kraftfahrzeuge im zweiten Quartal 2022 von 803.530 Ende März auf 807.569 am 1. Juli zugenommen**. Immerhin, am Ende des zweiten Quartals **2021 waren es noch 814.153 Pkw**. Das jedenfalls meldete das »Hamburger Abendblatt« am 16. August.

Übrigens, das rot-rot-grüne »Berlin lebt den Traum vom billigen Nahverkehr weiter«, wie die »Frankfurter Allgemeine Zeitung« online am 15. September meldete (<https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/berlin-probt-im-alleingang-nachfolge-fuer-9-euro-ticket-18318994.html>). Auch wenn das 9-Euro-Ticket seit September erst einmal wieder vom Tisch ist, hält die Bundeshauptstadt an einem deutlich vergünstigten Einheitstarif fest. Ab Oktober gilt zunächst für drei Monate – zumindest im Abonnement – die 29-Euro-Regelung. Damit kann dann bis zum Jahresende das gesamte Stadtgebiet Berlins befahren werden. Dies als kleiner positiver Impuls, ein günstiges Ticket ab Anfang 2023 auf den Weg zu bringen.

Wie immer mal wieder berichtet, liefert das Statistikkamt Nord regelmäßig interessante Daten, die für die Schul- und die Stadtentwicklung, überhaupt für die gesamte städtische Politik wichtig und nützlich sind. So erfahren wir aus der Nr. 150/2022 der »Statistik informiert« vom 9. September, dass Hamburg **Ende 2021 genau 1.853.935 Bewohner:innen gehabt**

**hat, 1.457 (= 0,1 %) mehr als ein Jahr zuvor**. Weitere Bevölkerungsdaten unter [https://www.statistik-nord.de/fileadmin/Dokumente/Presseinformationen/SI22\\_150.pdf](https://www.statistik-nord.de/fileadmin/Dokumente/Presseinformationen/SI22_150.pdf). Bemerkenswert ist auch, dass der Coronaschock für die Hotellerie offenbar überwunden ist: **Im Juni 2022 stieg die Zahl der Hamburg-Besucher:innen auf 710.000 (plus 229,6 % gegenüber dem Vorjahr)**, die der Übernachtungen auf 1.543.000 (plus 226,6 %). Das bedeutet eine Steigerung sogar gegenüber dem letzten Jahr vor dem Coronaausbruch 2019, um 5,5 % beim Gästeaufkommen und um 7,9 % bei der Zahl der Übernachtungen ([www.statistik-nord.de/fileadmin/Dokumente/Presseinformationen/SI22\\_134.pdf](http://www.statistik-nord.de/fileadmin/Dokumente/Presseinformationen/SI22_134.pdf)).

Das 100-Milliarden-Sondervermögen zur Aufrüstung der Bundeswehr wird eines der künftigen Hauptkonfliktfelder der sozialen Auseinandersetzungen sein. Wenn wir, so der Stand der Forschung, aber nur schwer von einem Militärisch-Industriellen Komplex wie in den USA sprechen können, so gibt es einen bemerkenswerten **Wirtschaftszweig**, der an der Herstellung von Mordwerkzeug verdient: die **vernetzten deutschen Waffenschmieden**. Mehr dazu bei der **RLS** unter [www.rosalux.de/vernetzte-waffenschmieden](http://www.rosalux.de/vernetzte-waffenschmieden).

Heiß diskutiert ist derzeit die Frage, ob die **Öffnung der Nordstream-2-Pipeline** zu einer Verbesserung der Energieversorgung der deutschen Bevölkerung und der deutschen Unternehmen führen würde. Die **RLS** kommt in einer von ihr herausgegebenen **Kurzstudie** zu dem Ergebnis, dass Nordstream 2 nicht nötig wäre, um mehr Gas nach Deutschland zu leiten. Die Debatte um diese Pipeline ist Teil der medialen Kriegsführung. Danach würde, so der Autor Uwe Witt, die Öffnung von Nordstream 2 ein weiteres Instrument im westlich-russischen Wirtschaftskrieg hinzufügen ([www.rosalux.de/publikation/id/46964/nord-stream-2](http://www.rosalux.de/publikation/id/46964/nord-stream-2)).

Eine angemessene Antwort auf die Profite der derzeitigen Kriegs- und Krisengewinner:innen wäre die Einführung einer Übergewinnsteuer. So könnte immerhin ein Teil der exorbitanten Kriegsgewinne großer Mineralölkonzerne und Stromproduzenten für den hiesigen Staatshaushalt abgeschöpft und für dringend benötigte Investitionen in eine bessere Zukunft eingesetzt werden. Die von der **Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS)** beauftragte Studie **Kriegsgewinne**

| Unternehmen     | Gewinn H1/2022 | Gewinnminderung in H1/2022* | Gewinn H1/2021 | Übergewinn (mit Russland-Effekt)** | Übergewinn (ohne Russland-Effekt)*** | Übergewinn 2022 (Prognose)**** | Marktanteil in Prozent | Ausstieg aus dem Russland-Geschäft |
|-----------------|----------------|-----------------------------|----------------|------------------------------------|--------------------------------------|--------------------------------|------------------------|------------------------------------|
| Saudi Aramco    | 87,9           | 0,0                         | 47,2           | 40,7                               | 40,7                                 | 81,5                           | 6,1                    | n.v.                               |
| BP              | -10,5          | 24,4                        | 8,3            | -18,8                              | 5,6                                  | -13,2                          | 0,8                    | Ja                                 |
| Total           | 10,9           | 7,6                         | 5,7            | 5,2                                | 12,8                                 | 18,0                           | 2,4                    | Nein                               |
| Shell           | 25,6           | 4,9                         | 9,3            | 16,3                               | 21,2                                 | 37,5                           | 2,0                    | Ja                                 |
| ExxonMobile     | 24,3           | 3,4                         | 7,6            | 16,7                               | 20,1                                 | 36,8                           | 2,5                    | Ja                                 |
| Wintershall Dea | -0,3           | 1,6                         | 0,2            | -0,50                              | 1,1                                  | 0,6                            | 0,2                    | Nein                               |
| <b>Gesamt</b>   | <b>137,9</b>   | <b>41,9</b>                 | <b>78,3</b>    | <b>59,6</b>                        | <b>101,5</b>                         | <b>161,2</b>                   | <b>14,0</b>            |                                    |

**Tabelle 2: Die Gewinne ausgewählter Öl- und Gaskonzerne – 1. Halbjahr (H1) 2021 und 2022 im Vergleich. Angaben in Milliarden US-Dollar.**  
Quelle: Eigene Darstellung basierend auf Quartalsberichten.

\* Durch Abschreibungen aus dem Russland-Geschäft und Nord Stream 2. In Gewinnen für (H1) 2022 bereits abgebildet. Die Konzerne rechnen mit dem kompletten Verlust ihrer Investitionen und Ansprüche, dies ist aber noch nicht als endgültig zu betrachten.

\*\* Gewinnminderungen aus Russland-Geschäft eingerechnet.

\*\*\* Gewinnminderungen aus Russland-Geschäft nicht eingerechnet.

\*\*\*\* Mit Russland-Effekt

**besteuern. Ein Beitrag zur Debatte um Übergewinnsteuern** des **Netzwerks Steuergerechtigkeit** legt Berechnungen vor, nach denen sich aus den deutschen Verbrauchswerten Extraprofite von rund 110 Mrd. Euro für die Mineralölkonzerne und Stromproduzenten ergeben. Diese Übergewinne könnten – je nach Ausgestaltung und Steuersatz (25, 50 oder 90 Prozent) – der öffentlichen Hand Einnahmen von rund 30 bis 100 Mrd. Euro pro Jahr einbringen beschere. Guckst du hier: [www.rosalux.de/publikation/id/46854/uebergewinnsteuer](http://www.rosalux.de/publikation/id/46854/uebergewinnsteuer) (siehe Abb. oben).

Die **RLS** besticht nicht nur inhaltlich mit einem breit gefächerten Themenangebot, sie geht auch immer wieder innovative Schritte. Jüngstes Beispiel: die Schaffung der **digitalen Bildungsplattform L!NX**. Lassen wir die RLS selbst zu Wort

kommen – schon weil das Wort Quizze so schön ist: **»Vielfältige Materialien**, wie Quizze, Karten, Erklärvideos und mehr bieten einen niedrigschwelligen Zugang auch zu schwierigen Themen. Lernende und Multiplikator:innen können hier kostenlos auf multimediale und interaktive Formate zugreifen, die Grundlagenwissen zu verschiedenen Themen bieten. Das Spektrum reicht von Globalisierung und Handel über Geschichte und Kultur, Wirtschaft und Arbeit, Migration, Antirassismus und Antifaschismus bis hin zu Organizing, Klimagerechtigkeit, Ernährungssouveränität und Feminismus. **Das Angebot ist konzipiert für Selbstlernende und Anbieter:innen von Workshops und anderen Bildungsformaten und wird künftig auch englischsprachige Beiträge beinhalten.** Den ersten Themenschwerpunkt bildet das Thema Migration. So gibt die interaktive Karte

Moving Cities - Solidarity Cities einen Überblick über inspirierende und lokale Ansätze europäischer Städte und Netzwerke, die sich für eine solidarische Migrationspolitik und für die Aufnahme von Geflüchteten einsetzen. Der Atlas der Migration und der Atlas der Staatenlosen bieten visuell ansprechend aufbereitete Informationen, die es erleichtern, sich den komplexen Themen zu nähern. Ebenfalls im September folgt ein Beitrag Migration und Rassismus im Podcast LUX-local. Und das alles gibts hier: [https://linx.rosalux.de/#pk\\_campaign=adb](https://linx.rosalux.de/#pk_campaign=adb).



**Mehr als ein Dach über dem Kopf. Wohnen hat Geschichte**, das ist das Thema des diesjährigen **Geschichtswettbewerbs des Bundespräsidenten**.

Seit 1973 werden junge Menschen aufgefordert, sich in ihrer Umgebung umzutun und zum jeweiligen Projektschwerpunkt zu recherchieren und Wettbewerbsbeiträge einzusenden. In den vergangenen 49 Jahren haben sich inzwischen über 150.700 Kinder und Jugendliche an den Wettbewerben beteiligt und mehr als 34.800 Beiträge eingesandt. Jetzt geht es bei diesem größten historischen Forschungswettbewerb in Deutschland also um das große Thema Wohnen.

**Einsendeschluss ist der 28. Februar 2023.** Weitere Infos gibt es unter [www.geschichtswettbewerb.de](http://www.geschichtswettbewerb.de). Dann forscht mal schön!



Bereits Mitte September ist das diesjährige **KinderKinder Festival 2022** gestartet. Zehn Wochen lang wird ein buntes und abwechslungsreiches Programm aus Theater, Puppenspiel und Musik von Gästen u. a. aus der Ukraine, Italien, Spanien, Slowenien und Belgien gestaltet. Das Festival läuft noch **bis zum 28. November** an verschiedenen Orten in Hamburg. Das Programm gibt es hier: [https://kinderkinder.de/termine.html?wt\\_zmc=nl.int.zonau-dev.3653089689\\_397388923925.nl\\_ref](https://kinderkinder.de/termine.html?wt_zmc=nl.int.zonau-dev.3653089689_397388923925.nl_ref).



Es kommt ja nicht allzu oft vor (wenn es denn überhaupt schon mal geschehen ist), dass wir eine **FDP-Veranstaltung** bewerben. Ausgerechnet. Und dann auch noch zum Thema **Bauen und Wohnen**. Aber es ist sicherlich interessant zu erfahren, wie die Partner:innen der (Wohnungs-) Wirtschaft dem wachsenden Mangel an bezahlbaren Wohnungen begegnen und wie viel Fläche sie für immer neue Eigenheime vergeuden (vergolden?) wollen. So was ließe sich den vier Männern und der einen Frau auf dem Podium ja auch in der Debatte nahebringen. Also, am **Mittwoch, den 21. September**, von 18.00 bis 20.00 Uhr im Forum Alstertal (Kritenberg 18).

Und wo die FDP ist, ist – zumindest auf Bundesebene – die SPD nicht weit. Also hören wir uns bei der Friedrich-Ebert-Stiftung am darauffolgenden **Donnerstag, den 22. September**, um 18.30 Uhr in der Katholischen Akademie (Herrengaben 4) bei Bedarf auch an, was **Bürgermeister Peter Tschentscher** über **Bezahlbares Wohnen in Hamburg** zu sagen hat. Wie unser Senat diese »große und komplexe Aufgabe« (so der Ankündigungstext) meistern will, der er doch immer hilfloser gegenüber zu stehen scheint, das lässt uns doch gespannt auf den Abend setzen.



Ebenfalls am **Donnerstag, den 22. September**, lädt der **Denkmalverein** ein zur Debatte um den **Denkmalschutz für gutes Klima**. Zur Mitte der Legislaturperiode soll dieses Mal vor allem die Frage erörtert werden, welche Rolle die Baudenkmäler für den Klimaschutz spielen. Nach einer Einleitung durch den Vorsitzenden des Denkmalvereins, Lennart Hellberg, diskutieren die Sprecher:innen der Fachausschüsse für Stadtentwicklung bzw. Kultur in der Hamburgischen Bürgerschaft: Dr. Christel Oldenburg (SPD), Olaf Duge (Bündnis 90/Die Grünen), Dr. Anke Frieling (CDU) und Heike Sudmann (DIE LINKE), anschließend wird die Debatte für das Publikum geöffnet. Moderieren werden Johann-Christian Kottmeier (Arbeitskreis Denkmalschutz der Patriotischen Gesellschaft von 1765) und Kristina Sassenscheidt (Geschäftsführerin des Denkmalvereins). Ort der Veranstaltung ist der Reimarus-Saal im Haus der Patriotischen Gesellschaft (Trostbrücke 4-6). Um Anmeldung wird unter diesem Link gebeten: <https://crm.patriotische-gesellschaft.de/de/civicism/event/register?reset=1&id=660>.

Für **Freitag, den 23. September**, wird zum nächsten **globalen Klimastreik** mobilisiert. »Der Sommer hat – mal wieder – gezeigt, wie sehr die Zeit drängt«, heißt

es im Aufruf. »Hitzewellen, niedrige Wasserstände und Waldbrände sind mittlerweile keine Ausnahmen mehr, sondern traurige Realität. Die Klimakrise ist längst angekommen in Hamburg, Deutschland und Europa. Wir müssen schneller handeln, damit wir das Ruder endlich in Richtung Klimaneutralität herumreißen. Dass die Abhängigkeit von fossilen Energien nicht dazu geeignet ist, müssen wir gerade bitter erfahren – sowohl ökologisch als auch ökonomisch. Lasst uns gemeinsam Gehör verschaffen und uns daraus befreien! Die Lösung ist so altbekannt wie richtig: Energievergeudung beenden und die wirklich benötigte Energie ökologisch verträglich erzeugen!« (<https://www.bund-hamburg.de/service/termine/detail/event/klimastreik-zusammen-mit-fridays-for-future-auf-die-strassen/>). Die Demonstration startet an diesem 23. September um 14.00 Uhr auf der Willy-Brandt-Straße!



Auf zum Klimastreik am 23. September (Foto: BUND Hamburg)

**Georg Lukács** ist ein weithin unbekannter, aber dennoch einflussreicher ungarischer Marxist. Seine Schriften befassen sich nicht nur mit ästhetischen, philosophischen und ontologischen Themen, sondern auch praktisch-politischen. Dem politischen Autor wird sich ein einführendes **Lektüreseminar der RLS** am **Samstag, den 24. September**, von 12.00 bis 17.00 Uhr (IV. Etage der Fabrique, Valentinskamp 34a) unter der Leitung von Rüdiger Dannemann von der Internationalen Georg Lukács Gesellschaft« widmen. Infos und Anmeldung unter [https://hamburg.rosalux.de/veranstaltung/es\\_detail/9PEV2/zusammen-lesen-georg-luk%C3%A1cs-politisch?cHash=46560e5e97f3328f95d6bb5d79b54145](https://hamburg.rosalux.de/veranstaltung/es_detail/9PEV2/zusammen-lesen-georg-luk%C3%A1cs-politisch?cHash=46560e5e97f3328f95d6bb5d79b54145).

Von 10.00 bis 21.00 Uhr findet am **Samstag, dem 1. Oktober**, ein **Antifa-Workshop** im *dock europe* (Bodenstedtstraße 16) statt. Organisiert vom *Hamburger Bündnis gegen Rechts* soll es den Tag über darum gehen, sich »mit den Herausforderungen für antifa-

schistische Arbeit in Hamburg« zu beschäftigen und »gemeinsame Handlungsoptionen« zu entwickeln. Einleitungsbeiträge sind u. a. von David Begrich (Miteinander e. V., Sachsen-Anhalt) über »Kräfte der Rechten im Osten« und vom Autor **Andreas Speit** über Querfront-Strategien vorgesehen. Weitere Informationen und Anmeldung unter [www.keine-stimme-den-nazis.org/images/PDF\\_2022/Antifa\\_Workshop\\_Tag\\_Flyer.pdf](http://www.keine-stimme-den-nazis.org/images/PDF_2022/Antifa_Workshop_Tag_Flyer.pdf).



Ebenfalls am **Samstag, den 1. Oktober**, ruft der Bundesausschuss Friedensratschlag zu einem **bundesweiten dezentralen Aktionstag** auf. In Hamburg wird aus diesem Anlass eine **Demonstration** stattfinden, deren Hauptparole lautet: **»Frieden! Abrüstung! Keinen Wirtschaftskrieg, der die Menschen in den Ruin treibt!«** Startpunkt ist um 12.00 Uhr der Altonaer Bahnhof (Ausgang Ottenser Hauptstraße), die Abschlusskundgebung ist für 14.30 Uhr auf dem Fischmarkt vorgesehen. Den Aufruf des Hamburger Forums für Völkerverständigung und weltweite Abrüstung e. V. gibt es hier: <http://daten2.verwaltungsportal.de/dateien/seitengenerator/ff0c0fe2f571aec46e7681fcd1046fde186743/flugblatt1.oktober2022.pdf>.

Charakteristisch für die Wohnungsmärkte deutscher Großstädte ist neben den stark steigenden Mieten und dem wachsenden Defizit an bezahlbarem Wohnraum die mangelnde Transparenz, wer die Immobilien eigentlich besitzt. Bei der Wohnungssuche stößt mensch meist auf Hausverwaltungen und Makler:innen, während der/die Eigentümer/in erst im Mietvertrag erscheint. Doch selbst der gibt nicht zwangsläufig Auskunft darüber, wer von der gezahlten Miete letzt-



lich profitiert, schon gar nicht, wie viele Wohnungen oder Häuser der/die Eigentümer/in noch besitzt und welche weiteren wirtschaftlichen Verknüpfungen zu anderen Unternehmen bestehen. **Wohneigentumsverhältnisse** gehören zu den bestgeschützten Geheimnissen in Deutschland. Ein **Rechercheseminar (Parole: »Wem gehört Hamburg?«**, 5 Euro) der RLS Hamburg in Kooperation mit der Volksinitiative »Hamburg enteignet!« soll jetzt Licht ins Dunkel bringen, und zwar am **Samstag, den 1. Oktober**, von 14.00 bis 18.00 Uhr, im Zentrum für Zukunft, dem ehemaligen Karstadt-Sports-Haus an der Mönckebergstraße. Infos und Anmeldung unter [https://hamburg.rosalux.de/veranstaltung/es\\_detail/T7SKF/wem-gehört-hamburg?cHash=36c97c2decc5e25c0ace82c129ba09c7](https://hamburg.rosalux.de/veranstaltung/es_detail/T7SKF/wem-gehört-hamburg?cHash=36c97c2decc5e25c0ace82c129ba09c7).

In diesem Zusammenhang sei nochmals auf die neue digitale Bildungsplattform der RLS hingewiesen. Ein Thema ist dort beispielsweise die Frage, **Wem gehört die Stadt?** Geboten wird unter <https://linx.rosalux.de/wem-gehört-die-stadt> ein **vierminütiges Video**, das die Frage beantwortet, **wem die Immobilien in Berlin eigentlich gehören**. Es wird mit dem Mythos des netten kleinen Privatvermieters als Hauptakteur auf dem Immobilienmarkt genauso aufgeräumt wie mit dem Mythos des Wohneigentums als universelle, soziale Absicherung.

Und zu guter Letzt sei noch auf eine soeben erschienene **Broschüre der Linksfraktion** hingewiesen. Sie trägt den Titel **»Der NSU-Komplex«** und widmet sich einem besonders bitteren und skandalösen Thema der bundesdeutschen und eben auch der hamburgischen Geschichte – und Gegenwart. »Auch elf Jahre nach ihrer Enttarnung sind die Hintergründe der Nazi-Ter-

rorgruppe NSU noch immer nicht aufgeklärt. Hamburg ist das einzige Bundesland, in dem der NSU gemordet hat, das keinen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss eingerichtet hat. Wir wollen das ändern und haben unsere Argumente in der 60-seitigen Broschüre »Der NSU-Komplex« in Hamburg zusammengefasst.

[...] Darin werden die wichtigsten Fragestellungen und Erkenntnisse im Hinblick auf das Versagen der Sicherheitsbehörden und das Hamburger Unterstützer:innen-Netzwerk des NSU zusammengefasst. Autorin ist die ehemalige LINKEN-Abgeordnete und NSU-Expertin **Christiane Schneider** unter Mitwirkung des Journalisten **Felix Krebs**. Auch **Ayşen Taşköprü**, Schwester des Hamburger NSU-Opfers **Süleyman Taşköprü**, hat einen Beitrag beigesteuert.

Die Broschüre ist ab sofort unter [www.linksfraktion-hamburg.de/wp-content/uploads/2022/09/Der-NSU-Komplex-Hamburg.pdf](http://www.linksfraktion-hamburg.de/wp-content/uploads/2022/09/Der-NSU-Komplex-Hamburg.pdf) abrufbar und kann als kostenfreies Printexemplar in der Fraktion angefordert werden.



## Der NSU-Komplex

## in Hamburg

Das Recht auf Aufklärung verjährt nicht



## Vom heißen Herbst gegen die soziale Kälte Preise und Profite deckeln – Klima schützen!

Die bundesweite LINKE hat in den vergangenen Wochen eine Reihe von Konzepten entwickelt und Papieren vorgelegt, um mit vernünftigen Forderungen und Alternativen auf die sich immer schärfer herauskristallisierende soziale Krise zu antworten. Eine gute Zusammenfassung bilden die nachfolgenden Ausführungen, die seitens der Bundesgeschäftsstelle der LINKEN am 14. September verschickt wurden.

Lebensmittel, Heizen, Nebenkosten beim Wohnen, der Weg zur Arbeit: Die Preise explodieren und die Ampel-Regierung versagt. Die hohen Preise treffen vor allem Lohnabhängige und ihre Familien, besonders betroffen sind die Millionen Menschen, die im Niedrig-Lohn-Sektor arbeiten, viele Rentnerinnen und Rentner aber auch Studierende und Schüler:innen. Die Kampagne #IchBinArmutsbetroffen hat deutlich gemacht, wie viele Menschen unter Armut in einem der reichsten Länder der Welt leiden müssen. Viele Menschen haben Angst vor der Heizkostenabrechnung, viele haben Angst vor dem Winter.

DIE LINKE ruft alle Menschen auf, sich an Protesten im Herbst zu beteiligen! Von alleine werden die Regierenden keine sozialere Politik machen. Nur in einer gemeinsamen Protestbewegung auf der Straße und in den Betrieben,







Hochschulen und Gewerkschaften können wir die Regierung dazu bringen, eine soziale Politik zu machen, die eine wirksame Entlastung für die Bevölkerung bringt, die die Zukunftsaufgabe Klimaschutz voranbringt und gleichzeitig mehr Gerechtigkeit durch stärkere Belastung von Konzerngewinnen, hohen Einkommen und Vermögen schafft. Wir dulden beim Protest keine Rassisten und Faschisten. DIE LINKE ist solidarisch mit allen Beschäftigten und den Gewerkschaften, die jetzt für höhere Löhne kämpfen, um der realen Lohnsenkung durch die Inflation zu begegnen. Wir wenden uns gegen die Propaganda von Unternehmenseite, dass durch Tarifierhöhungen eine Lohn-Preis-Spirale drohe. Tatsächlich erleben wir aktuell eine Profit-Preis-Spirale!

### Die Linke will:

1. eine **Entlastung**, also Direktzahlungen für Menschen mit niedrigem und mittlerem Einkommen: 125 Euro plus 50 für jede weitere Person im Haushalt im Monat, solange die Preise durch die Decke gehen. Hartz-IV muss auf 678 Euro erhöht werden;

2. eine wirksame **Kontrolle** der Preise, um Mitnahmeeffekte der Unternehmen auszuschließen.

Zudem müssen 3. Weichen gestellt werden für eine **soziale und ökologische Wende in Verkehr und Energie**.

Und 4. Wollen wir **Ungleichheit bekämpfen**: Dafür muss die Entlastung »unten« gegenfinanziert werden durch Belastung für Spitzenverdiener, hohe Vermögen und Konzerne.



### Unsere Forderungen:

- Extraprofite in der Krise extra besteuern! **Übergewinnsteuer!**
- Öffentliche **Preisaufsicht**: staatliche Energiepreiskontrolle und Regulierung der Energiepreise (vgl. Strompreisaufsicht bis 2007). Kostenfreie bzw. -günstige Energiegrundkontingente und Verteuerung des darüberhinausgehenden Verbrauchs. Verbot von Strom- und Gassperren.
- **Energie in Bürger:innenhand!** Öffentliches Eigentum stärken: Stadtwerke, Energiegenossenschaften und Windkraftanlagen müssen in kommunale oder gemeinnützige Hand. Damit die Gewinne der Bevölkerung zugutekommen.
- Wir wollen **schrittweise zum kostenfreien ÖPNV**:
  1. 9-Euro-Ticket bis Ende des Jahres verlängern.
  2. Dauerhaft deutschlandweit ein Angebot von 1 Euro pro Tag im ÖPNV geben. Schüler:innen- und Sozialtickets frei. Bus & Bahnverkehr ausbauen!
  3. Bundesweit kostenfreier ÖPNV mit guten Verbindungen und schnellen Taktungen.
- Alle Haushalte mit niedrigen und mittleren Einkommen – oder ohne Einkommen – erhalten ein **Inflationsgeld** von monatlich 125 Euro (plus 50 Euro für jede weitere Person im Haushalt).
- **Hartz-IV-Sätze** müssen auf die von Sozialverbänden errechnete angemessene Höhe von 678 Euro angehoben werden. 502 Euro sind Armut per Gesetz!
- **Kostenfreie Verpflegung** in Kitas und Schulen für alle.
- Wir wollen den **ÖPNV für alle ausbauen** und in drei Schritten kostenfrei machen.

Wer am vollständigen Beschluss des Parteivorstandes der LINKEN vom 10. September interessiert ist, schaut hier: [www.die-linke.de/partei/parteidemokratie/parteivorstand/parteivorstand-2022-2024/detail-beschluesse-pv/ein-heisser-herbst-gegen-die-soziale-kaelte-der-regierung-preise-und-profite-deckeln-klima-schuetzen](http://www.die-linke.de/partei/parteidemokratie/parteivorstand/parteivorstand-2022-2024/detail-beschluesse-pv/ein-heisser-herbst-gegen-die-soziale-kaelte-der-regierung-preise-und-profite-deckeln-klima-schuetzen).



### Aufruf unterzeichnen!

[www.die-linke.de/mitmachen/linksaktiv/preise-deckeln/](http://www.die-linke.de/mitmachen/linksaktiv/preise-deckeln/)

**Menschen entlasten. Preise deckeln. Übergewinne besteuern.**

Die Preise für Lebensmittel, Strom und Gas gehen durch die Decke. Aber: Viele Konzerne machen durch Krieg und Krise Extragewinne. Der Club der Superreichen wird größer: Manche gewinnen immer, wenn die Regeln nicht geändert werden.

**Wir sagen: Es reicht! Strom, Heizen, Lebensmittel, Bus und Bahn müssen für alle bezahlbar sein.** Die Regierung muss dafür sorgen, dass die Entlastung von den Preissteigerungen sozial gerecht ist und Ungleichheit zurückgedrängt wird.

## Energieversorgung in öffentliche Hand! Die Vorschläge der LINKEN

Und um den Strauß zu vervollständigen, nehmen wir hier auch noch einige Aspekte eines ebenfalls vom Parteivorstand vorgelegten Konzepts zur Energiekrise auf, mit dem die Bevölkerung vor der aktuellen Energiepreiskrise geschützt werden soll.

In dem Konzept wird unter anderem gefordert, die kritische Infrastruktur der Energieversorgung in öffentliche Hand zu überführen. Außerdem werden Wege aufgezeigt, wie das möglich ist: durch Rekommunalisierung, Übernahme von Anteilen und notfalls durch Enteignung. »Energie ist kein Produkt wie jedes andere. Jeder braucht Energie. Energie ist Grundbedarf. Wir brauchen Energie für warmes Wasser, für Licht, für Kommunikation. Energiearmut ist aber auch in Deutschland seit vielen Jahren ein Problem und jetzt in der Energiekrise für immer mehr Menschen kaum noch bezahlbar. Energieversorger werden mit viel Geld gerettet, was richtig ist, aber sie werden nicht in die Verantwortung genommen. Energie ist Daseinsvorsorge, sie gehört nicht in die Hände privater Konzerne, sondern unter demokratische Kontrolle. Statt mit der Gasumlage die Mehrheit der Menschen für die Fehler anderer bezahlen zu lassen, sollten Unterneh-



men, die ihren gesellschaftlichen Auftrag nicht mehr erfüllen können, in die öffentliche Hand übernommen werden. Statt die Kosten für die Marktfähigkeit von Uniper und anderen Gasimporteuren den Verbraucherinnen und Verbrauchern aufzuhalsen, muss Uniper vollständig in staatliches Eigentum übernommen werden« (Janine Wissler).

»Generell gilt: Die Sicherung systemrelevanter Unternehmen und von strategischer Infrastruktur wie der Gasversorgung ist eine staatliche Aufgabe. Denn der Markt regelt bei der Energieversorgung offenbar nichts mehr, es ist Zeit, dass wir den Markt regeln. Strom- und Wärmenetze gehören daher ebenso wie große Energiekonzerne in die öffentliche Hand und unter demokratische Kontrolle. Dafür wollen wir sorgen, indem wir Steuergelder nicht mehr für die Rettung der Gewinne der Aktienbesitzenden verpulvern, sondern sie nachhaltig für die Übernahme der Konzerne einsetzen. Mit einem Netzwerk von öffentlichen Unternehmen, Energiegenossenschaften und Windkraftanlagen in kommunaler Hand können wir für faire und bezahlbare Preise sorgen und die Energiewende vorantreiben. Die Lobby der Energiekonzerne



setzen wir vor die Tür. Es muss Schluss damit sein, dass bezahlte Lobbyisten von Wirtschaftsunternehmen an Gesetzen mitschreiben« (Martin Schirdewan).

Das Hintergrundpapier zur Vergesellschaftung der Energieversorgung gibts hier: [www.die-linke.de/start/nachrichten/detail/energiekonzerne-vergesellschaften/](http://www.die-linke.de/start/nachrichten/detail/energiekonzerne-vergesellschaften/).

## Hut ab! Linksfraktion gratuliert Udo Lindenberg

Am 7. September war es so weit. Gegen die Stimmen der AfD wählte die Hamburgische Bürgerschaft Udo Lindenberg tagsüber zum 37. Ehrenbürger der Stadt, abends fand im Großen Saal der Festakt zur Verleihung dieser höchsten Auszeichnung Hamburgs statt. Eine schöne Feier, vor allem auch, weil Lindenberg bei aller Rührung doch immer ganz Udo blieb, wie dem 100-minütigen Mitschnitt dieses Aktes zu entnehmen ist ([www.ndr.de/nachrichten/hamburg/Festakt-fuer-Ehrenbuerger-Udo-Lindenberg-in-voller-Laenge,hamj126390.html](http://www.ndr.de/nachrichten/hamburg/Festakt-fuer-Ehrenbuerger-Udo-Lindenberg-in-voller-Laenge,hamj126390.html)). Wir nehmen hier die Rede von Sabine Boeddinghaus auf, die sie in der nachmittäglichen Bürgerschaftssitzung gehalten hat.

Lieber Udo Lindenberg!

Die Linksfraktion sagt Ihnen: Hut ab! Respekt!

Und herzliche Gratulation!

Schön, dass Sie heute hier sind. Und schön, dass es sie Ende der 60er hierher getrieben hat. Dass Sie Hamburg zur Wahlheimat gemacht haben und dass Sie geblieben sind: Von der ersten eigenen Band – mit dem bis heute ziemlich passenden Namen »Free Orbit« – bis zur Ehrenbürgerwürde! Was für ein Weg! Chapeau!

Musikalisch – vom Jazzdrummer bis zu den ersten eigenen Hits Anfang der 70er: Die Hymne der Nordlichter: »Hoch im Norden«. Und natürlich »Alles klar auf der Andrea Doria« oder »Cello«. Mit Stücken wie diesen war dank Ihnen etwas längst Überfälliges in der Welt: Rock 'n' Roll mit deutschen Texten, die Spaß machten, ohne oberflächlich zu sein.

Seit 1973 sind Sie auf Reisen mit dem Panikorchester – und sind damals schnell auf den Bühnen großer Stadien gelandet! Großes Kino war das: von der »Dröhnland-Symphonie«-Tour bis natürlich zum »Sonderzug nach Pankow« – und dem legendären Auftritt 1983 im Ostberliner Palast der Re-

publik – als erster und einziger westdeutscher Rockmusiker, der je in der DDR aufgetreten ist. Nur 20 Minuten zwar – aber dafür umso einprägsamer. Dafür jedenfalls noch mal, quasi nachträglich: Respekt!

Und Respekt auch davor, dass sie politisch immer klare Kante gezeigt haben: Gegen Rechts, gegen Antisemitismus, gegen Rassismus, Homophobie, Krieg oder Menschenrechtsverletzungen. Vom ersten »Rock gegen Rechts«-Festival 1979 in Frankfurt am Main – bis zu Konzerten wie »Künstler für den Frieden«, 1982 im Bochumer Ruhrstadion – u. a. mit Miriam Makeba, Harry Belafonte und Esther Bejarano vor 200.000 Zuschauer:innen.

Stellung bezogen haben Sie auch immer wieder mit öffentlichen Statements und offenen Briefen. Wie mit dem, den Sie 2012 geschrieben haben, als ein massiver rechter Aufmarsch in Hamburg angekündigt wurde: »Schluss mit dem ganzen Nazischeiß!« war der übertitelt. Und bis heute bekommen Ihre Fans Songs zu hören wie: »Wozu sind Kriege da« und »Wir ziehen in den Frieden« – leider so schmerzlich passend.

All diese Sätze und Zeilen sind bei Ihnen aber nicht bloß gedroschene Parolen, sondern echte Appelle: an Menschlich-



Fotos: Bürgerschaftskanzlei

keit, Respekt und Verantwortung. Ganz praktisch wird das dann in Ihrem Engagement in Projekten wie »exit« - für Aussteiger:innen aus der rechten Szene und Ihre Unterstützung von Initiativen gegen Rassismus und Diskriminierung. Oder in Ihren kulturpolitischen Aktivitäten - wie z. B. der Nachwuchsförderung mit dem »Panik-Preis« und der Udo Lindenberg-Stiftung für junge Musiker:innen und Texter:innen.

Und natürlich: Auch die Rettung der Clubkultur liegt Ihnen am Herzen! Und die braucht - bei den akuten Sorgen und der unsicheren Perspektive - dringend so laute Stimmen, wie Ihre. Aber wem sage ich das? Sie sind bekannt dafür, dass Sie »Ihr Ding« machen. Gregor Gysi hat es mal ganz treffend gesagt: »Sie haben es als politischer Künstler geschafft, sich nie von der Politik vereinnahmen zu lassen.« Dem schließe ich mich an. Respekt!

Respekt aber auch davor, dass Sie sich nicht haben unterkriegen lassen und immer weiter gegangen sind - bei allen schwindeligen Höhen und fiesen Tiefen, die das Showbusiness so zu bieten hat. Sie sind stabil geblieben - inklusive Come-Back - bis heute. Zwei ausverkaufte Abende in der Hamburger Barclays Arena diesen Sommer vor 12.000 verzückten Fans sprechen Ihre eigene Sprache. Sie erreichen und bewegen viele - über Generationen hinweg. Und das ist ein echtes Verdienst!

Und auf Ihrem ganzen Weg - ihrer Tour durchs Leben - haben Sie neben den Herzen Ihrer Fans dazu noch diverse Preise gewonnen und Ehrungen eingesammelt: Vom Bundes-

verdienstkreuz und dem Bundesverdienstorden über den Bambi und die goldene Stimmgabel war alles Mögliche dabei. Um nur eine minimale Auswahl zu nennen. Und sogar zwei Briefmarkenmotive von Ihnen gibt es.

Wie singen Sie im Stück »Niemals dran gezweifelt« so schön: *»Ich hab immer schon gewusst, dass ich die Top-Dinger drehe nie daran gezweifelt, ich krieg's hin.«*

Und nun also die Ehrenbürgerwürde der Freien und Hansestadt Hamburg. Was soll da noch kommen? Obwohl: Im Interview haben sie 2018 gesagt: »Wenn die Musik nicht reicht, muss ich in die Politik gehen, dann werde ich eben doch noch Bundespräsident.« 1990 haben Sie das auch schon angekündigt.

Wir bleiben also gespannt.

Und Sie: Bleiben Sie stabil und machen Sie ja weiter Ihr Ding!



# Kulturtipps

Von Michael Joho

In einer Zeit der zunehmenden gesellschaftlichen Verunsicherung und der sozialen Zuspitzung ist es besonders wichtig, sich mit den menschenfeindlichen Forderungen und Entwürfen der rechtesten Kräfte auseinanderzusetzen. Der Faschismus kam schließlich nicht nur an die Macht, weil das Großkapital und einschlägige Kräfte der herrschenden Klasse dies wollten, sondern auch, weil große Teile des Bürgertums darin einen Ausweg aus der Krise sahen. Kenntnisse über den Faschismus sind daher ein konstitutives Merkmal demokratischen Bewusstseins.



Foto: National Archiv Collection Spaarnestad

Vor diesem Hintergrund sei zunächst auf eine Ausstellung im Lichthof der Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg (Eingang Grindelallee/Edmund-Siemers-Allee) hingewiesen. Dort ist täglich von 10.00 bis 20.00 Uhr **noch bis zum 10. Oktober** die deutsch-englische Ausstellung »**Verfolgen und Aufklären**« zu sehen. Im Mittelpunkt steht dabei »Die erste Generation der Holocaustforschung«, also derjenigen Frauen und Männer, die wider den Mainstream in der Nachkriegszeit mutig für die Aufklärung über den Mord an Millionen europäischen Juden und Jüdinnen und die Verantwortung der Deutschen eintraten. Gedacht wird in der Präsentation zwanzig dieser Pionier:innen, darunter Rachel Auerbach, Simon Wiesenthal und Joseph Wulf. Ein zweiminütiges Video über die Wanderausstellung gibt es hier: <https://vimeo.com/515817649>, mehr Text unter [www.uni-hamburg.de/newsroom/veranstaltungen.html?event=79246](http://www.uni-hamburg.de/newsroom/veranstaltungen.html?event=79246).

Auf einer anderen Ebene angesiedelt ist die Aufklärung, die die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten /VVN-BdA im vier-

ten Quartal mittels einer Veranstaltungsreihe betreibt. Am **9. Oktober** bietet die Organisation den Stadtteilrundgang »Auf den Spuren von Widerstand und Verfolgung in St. Pauli« an (11.00 Uhr ab U-St. Pauli, Ausgang Reeperbahn; 15,-/7,50 Euro, Anmeldung Tel. 31 42 54 oder Mail an [vvv-bda.hh@t-online.de](mailto:vvv-bda.hh@t-online.de)).

Am **18. Oktober** wird aus Anlass des zehnten Todestages von Hans Walden ein Film von 1978 über die Entstehung des »Kriegsklotzes« am Dammtor gezeigt (Galerie Morgenland, Sillemstraße 79, 19.00 Uhr).



Am **9. November** findet um 15.30 Uhr auf dem Joseph-Carlebach-Platz anlässlich des 84. Jahrestages der Reichspogromnacht die traditionelle **Mahnwache** »Erinnerung und Mahnung« statt. Weitere **antifaschistische Filme** zeigt die VVN-BdA im Oktober und November im und in Zusammenarbeit mit dem »Metropolis« in der Kleinen Theaterstraße 10 ([www.metropoliskino.de/index.php?id=28#17](http://www.metropoliskino.de/index.php?id=28#17)). ♦

Mit diesem Bürger:innenbrief informieren wir regelmäßig über das Parlamentsgeschehen sowie die politischen Auseinandersetzungen in der Stadt, den Bezirken und zu unseren Arbeitsgebieten. Wenn Sie diesen Bürger:innenbrief per E-Mail beziehen oder nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie an: [heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de](mailto:heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de). Und: Sprechen Sie uns an, wenn Sie unsere Arbeit als Abgeordnete in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt: Heike Sudmann, Abgeordnetenbüro Burchardstraße 21, 20095 Hamburg; Sabine Boeddinghaus, Abgeordnetenbüro Wallgraben 24, 21073 Hamburg